



Bio kann eine Menge leisten, dafür braucht es jedoch den passenden gesetzlichen Rahmen.

Volle Aufmerksamkeit für Bio!



Um die aktuellen Probleme am Agrarmarkt in den Griff zu bekommen, werden neuerdings Rufe laut, die Ökologisierung der Landwirtschaft zu verschieben. Doch dies ist zu kurz gedacht, sagt Antje Kölling. Sie fordert die Politik dazu auf, sich von rückwärtsgewandten Rufen nicht beirren zu lassen und am „30 Prozent Bio“-Ziel festzuhalten.

FOTO: Yoel

Der diesjährige Welternährungsbericht der Vereinten Nationen zeigt, dass auf unserem Planeten 828 Millionen Menschen hungern und 3,1 Milliarden sich keine gesunde Ernährung leisten können. Das sind dramatische Zahlen – es muss mit höchster Dringlichkeit gehandelt werden, damit den Menschen, die akut von Hunger bedroht sind, geholfen wird. Die aktuelle Krise zeigt deutlich eine der Hauptursachen von Hunger: Er ist allzu oft eine Folge von Krieg und Konflikten um Land. Wichtig ist jetzt, dass die Schiffe mit ukrainischem Weizen freie Fahrt haben und dass die Landwirt*innen in der Ukraine ihre Ernten einbringen können. Themen wie Lebensmittelverschwendung und das Maß der Verwendung von Anbauflächen für die Energie- oder Futtermittelerzeugung müssen diskutiert werden. Außerdem müssen – gerade in Zeiten des Klimawandels – Alternativen zu Weizen im Anbau, in der Verarbeitung und im Markt erschlossen werden. Hirse, Teff oder Buchweizen können eine vielfältige, schmackhafte Ernährung ergänzen und Regionen unabhängiger von Weizenimporten machen. Aus der Vielfalt der weltweit rund 6000 Nutzpflanzenarten hat heute nur ein Bruchteil wirtschaftliche Relevanz – die Nutzung der genetischen Vielfalt ist aber wichtiger Baustein für Ernährungssicherheit.

Nachhaltigkeit und Agrarökologie als System

Nun werden Rufe laut, die verlangen, die Uhr bei der EU-Agrarpolitik zurückzudrehen: die Produktion von Masse zu fördern, um die Welt zu ernähren, und die Ökologisierung der Agrarpolitik auszusetzen. Das bleibt auch in diesen Zeiten falsch – denn die Klimakrise, der Rückgang der Artenvielfalt, die Verknappung der Wasserressourcen schreiten weiter voran. Auch global muss es darum gehen, die Ernährung langfristig zu sichern und dafür eine nachhaltige, regionale Produktion zu stärken. Gerade der Klimawandel stellt die Landwirtschaft vor große Herausforderungen. Dafür braucht es agrarökologische Ansätze, die angepasste Lösungen suchen und bieten und die Vielfalt fördern. Jetzt den Green Deal der EU oder das darin enthaltene Ziel von 25 Prozent Ökolandbau infrage zu stellen, ist daher falsch. Der Ökolandbau ist bisher der einzige Ansatz, der Nachhaltigkeit und Agrarökologie als System angeht – und dafür auch bewährte Mechanismen zur Kontrolle und Zertifizierung entwickelt hat. Er ist daher ein wichtiges Instrument, um die Ziele einer nachhaltigen Ernährungssicherung zu erreichen.

Die Farm-to-Fork-Strategie der Europäischen Union setzt sich zum Ziel, auf 25 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Flächen nach der EU-Ökoverordnung zu wirtschaften. Die Bundesregierung geht mit dem Ziel von 30 Prozent noch einen Schritt weiter. Doch diese Ziele erfüllen sich nicht von

allein, und die bisherige Ökoförderung im Rahmen der Agrarpolitik der Europäischen Union wird nicht genügen, um sie bis zum Jahr 2030 zu erreichen.

Bisher erhalten Landwirt*innen für jeden Hektar ökologisch bewirtschafteter Fläche zusätzlich zur allgemeinen Flächenprämie eine Ökoprämie. Die Höhe schwankt je nach Bundesland. Schaut man auf die Strategie zur Umsetzung der EU-Agrarpolitik, so wird leider deutlich, dass die bisher in Deutschland eingeplante Finanzierung für die Jahre 2023 bis 2027 nur für 14 Prozent Biofläche reicht. Hier muss nachjustiert werden, damit die veränderungsinteressierten konventionellen Höfe die Biochance ergreifen können. Die Bundesländer sollten zudem im Rahmen der ländlichen Entwicklungsprogramme die Betriebs-Entwicklungsberatung möglichst zu 100 Prozent fördern, um die Betriebe mit

»Es braucht einen Paradigmenwechsel in der Agrarpolitik. Das Grundprinzip muss die Honorierung von Nachhaltigkeitsleistungen sein.«

dem entsprechenden Wissen für die Umstellung auf Bio auszustatten und eine dauerhafte beratende Begleitung zu gewährleisten.

Im Hinblick auf die Gemeinsame Agrarpolitik der EU (GAP) nach 2027 stellt sich dann die Frage: Reicht es aus, ein Fördersystem, das jahrelang Höfesterben und Intensivierung auf Kosten der Umwelt gefördert hat, immer nur ein bisschen zu reformieren? Oder müssen wir nicht vielmehr grundsätzlich umdenken? Sowohl der Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) als auch viele Umweltverbände sagen ganz klar: Es braucht einen Paradigmenwechsel in der Agrarpolitik! Das zugrunde liegende Prinzip muss die Honorierung von Nachhaltigkeitsleistungen sein. Auch wir von Demeter fordern, dass als Basis insgesamt nachhaltigere Systeme gefördert werden.

Der ökologische Landbau mit seinen vielfältigen Nachhaltigkeitsleistungen (Sanders und Heß, 2019) muss dabei Leitmodell sein. Durch einen breiten Nachhaltigkeitsansatz wird vermieden, dass sich Einzelmaßnahmen konterkarieren (zum Beispiel kann eine Klimaschutzmaßnahme in einigen Fällen negativ auf die Biodiversität wirken). Damit alle Betriebe eine Chance haben, umzustellen, muss die Bürokratie effektiv, aber überschaubar gehalten werden. Als „Top up“ werden weiterhin gezielte Maßnahmen angeboten, ▷

beispielsweise zur Erhaltung bestimmter Biotypen oder Arten. Die wissenschaftliche Bewertung und Begleitung der Maßnahmen bleiben wichtig. Aktuell entstehen detaillierte Positionen zur GAP nach 2027 und werden ab 2023 intensiv diskutiert werden.

Über den Tellerrand

Die Agrarpolitik ist nur die eine Seite der Medaille: 30 Prozent Bio zu erreichen, heißt, in allen Feldern der Gesellschaft den Wandel anzustoßen. Die Nachfrageseite ist wichtig, die Wachstumswahlen zu Zeiten der Corona-Maßnahmen sprechen eine deutliche Sprache: Wenn die Menschen zu Hause kochen und sich mit dem Thema Ernährung intensiver auseinandersetzen, dann wird auch deutlich mehr Bio gekauft. Seit dem Sommer 2022 strömen die Menschen aber wieder in Restaurants, Mensen und Kantinen. Gegessen wird viel unterwegs, bis auf wenige Ausnahmen konventionell. Das Ziel „30 Prozent Bio in der Außer-Haus-Verpflegung“ muss also angegangen werden – mit einem Kontrollkostenzuschuss, Beratung zur Biozertifizierung von Großküchen sowie der Förderung von Ernährungsräten und ähnlichen Initiativen.

Ernährungsbildung in Schulen und Informationskampagnen sind ein weiteres Feld, bei dem Wertschätzung für das Essen, aber auch die Zusammenhänge zwischen Essverhalten, regionalen Wirtschaftskreisläufen und Umwelt erlernt werden können. Nicht zuletzt soll Spaß am Kochen und am gesunden Essen vermittelt werden. Auch hier heißt es: 30 Prozent der Aufmerksamkeit für Bio.

Die gesamte Wertschöpfungskette muss in den Blick genommen werden, in den Workshops rund um die Zukunftsstrategie Ökolandbau des Bundeslandwirtschaftsministeriums von 2017 wurden in diesem Sinne bereits einige Maßnahmenpakete entwickelt. Leider lag diese Strategie seitdem in der Schublade. Unter Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir werden hieraus wieder Themen aufgegriffen und zu einer aktuellen Strategie umgearbeitet. Dazu gehört es auch, 30 Prozent Bio in der Agrar- und Ernährungsforschung, in verschiedenen Berufsausbildungen, in Studium und Beratung umzusetzen, um den hohen Wissensbedarf zu decken, der für die Transformation zu mehr Nachhaltigkeit notwendig ist.

Viele Felder zu bestellen

Die Rahmenbedingungen, die einen Wandel hin zu mehr Nachhaltigkeit im Ernährungssystem beschleunigen oder behindern können, betreffen verschiedenste politische Ebenen und Rechtsgebiete. Wenn wir umsteuern wollen, sollten wir den Blick auf die Steuerpolitik lenken: Ein wirklich star-

kes Signal wäre eine Mehrwertsteuersenkung auf Bioprodukte. Konsequenterweise muss der Produktpreis die Umweltfolgekosten widerspiegeln, die der Gesellschaft durch die Herstellung des Produkts entstehen. Machbar wäre das durch Abgaben auf den Einsatz von Stickstoff- und Phosphordünger, auf Pflanzenschutzmittel (Möckel et al., 2015), auf Energie und auf importierte Futtermittel – denn dies sind die Treiber einer Landwirtschaft, die die natürlichen Ressourcen überstrapaziert. Essenziell für die Zukunft der Landwirtschaft in Europa ist auch, dass das EU-Gentechnikrecht bestehen bleibt und Risikoprüfung, Transparenz und Rückverfolgbarkeit auch in Zukunft und auch für Pflanzen aus neuen Gentechnikverfahren gewährleistet werden (BÖLW, 2022). Denn Gentechnikbau steht für eine Agrarwirtschaft, die auf risikoreiche technische Lösungen statt agrarökologische Ansätze setzt. Verbraucher*innen wollen gentechnikfrei essen, daher muss eine unkontrollierte Verbreitung von genmanipulierten Pflanzen verhindert werden. Bio geht Hand in Hand mit Regionalität und Vielfalt. Um mehr Wertschöpfung in der Region zu ermöglichen, ist auch zu prüfen, wie Gesetze, die für weltweite Handelsströme gemacht sind, für den kurzen Weg zwischen Erzeuger*in und Verbraucher*in angepasst werden können – sodass Direktvermarktung, Verarbeitung auf dem Hof und Ansätze wie Weideschlachtung möglich werden. Mehr Vielfalt auf dem Acker braucht angepasste Regeln für das Saatgut und vieles mehr. Es bleibt noch einiges zu tun. Denn: Bio kann eine Menge leisten, aber es braucht einen gesetzlichen Rahmen, der Nachhaltigkeit belohnt statt behindert. □

Literatur

- » BÖLW (Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft) (2022): **Nicht hinter unserem Rücken – Kein Freifahrtschein für neue Gentechnik in unserem Essen!** Abrufbar unter boelw.de/gvopetition
- » Möckel, S., et al. (2015): **Einführung einer Abgabe auf Pflanzenschutzmittel in Deutschland.** Berlin, Duncker & Humblot (Studien zu Umweltökonomie und Umweltpolitik)
- » Sanders, J., J. Heß (Hrsg.) (2019): **Leistungen des ökologischen Landbaus für Umwelt und Gesellschaft. 2., überarbeitete und ergänzte Auflage,** Braunschweig, Thünen-Institut (Thünen Report 65). Abrufbar unter t1p.de/Sanders-Hess-2019

Antje Kölling, Demeter e.V.,
Abteilungsleitung Politik,
antje.koelling@demeter.de

